



<http://www.heute.de/ZDFheute/drucken/1,3733,2247090,00.html>

## Vaterschaftstest: Zypries rudert zurück

### Feststellung-Verfahren soll einfacher werden

In der Debatte über ein Verbot heimlicher Vaterschaftstests erwägt Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) einem Zeitungsbericht zufolge eine Überarbeitung des geplanten Gendiagnostikgesetzes. "Wir denken darüber nach, die offiziellen Verfahren zu vereinfachen, mit denen Väter ihre Vaterschaft feststellen lassen können", sagte Zypries der "Saarbrücker Zeitung" vom Samstag.

08.01.2005

Zugleich kündigte sie jedoch an, in der Grundfrage hart bleiben zu wollen. Genetisches Material dürfe nicht ohne Zustimmung des Betroffenen untersucht werden. Man müsse "einfach Sicherungen einziehen", weil bereits jetzt bestimmte Krankheiten genetisch nachweisbar seien. In diesem Grundsatz sei sie sich auch mit dem grünen Koalitionspartner einig.

### Grüne ohne feste Position

Zypries hatte angekündigt, noch in diesem Jahr sollten Männer mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden, die ohne schriftliche Einwilligung der betroffenen Frauen genetische Spuren testen lassen. Auch Labors, die eine solche Untersuchung vornehmen, sollen mit Strafe bedroht werden.

In Teilen der Grünen war die Ministerin mit ihrem Vorhaben auf Ablehnung gestoßen. In Grünen-Fraktionskreisen hieß es allerdings, die Grünen hätten noch keine endgültig festgelegte Position. Scharfe Kritik am Vorstoß von Zypries kam derweil erneut aus Reihen der Union.

### Kritik aus Union

Der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Andreas Schmidt (CDU), bezeichnete den Vorschlag am Samstag im Deutschlandradio als nicht zielführend. Mit dem Strafrecht zu drohen sei nicht der richtige Weg.

#### ZITAT

Ich halte es für unverantwortlich, wenn Väter ihre eigene Unsicherheit auf das Kind übertragen.

Familienministerin Schmidt (SPD)

Auch die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Maria Böhmer (CDU), lehnte den Vorstoß ab. Dem Berliner "Tagesspiegel" sagte sie: "Ich glaube, es bedarf einer zügigen Regelung im Zusammenhang mit allen Fragen der Gendiagnostik. Aber der Weg, den Frau Zypries einschlägt, ist kein gangbarer Weg." Ein Verbot wie die Strafandrohung für heimliche Vaterschaftstests würde in den betroffenen Familien zu zusätzlichen Belastungen führen.

Unterstützung erhielt Zypries dagegen von Bundesfamilienministerin

Renate Schmidt (SPD). "Ich begrüße die Initiative der Justizministerin", sagte Schmidt der "Berliner Zeitung" vom Samstag. Das Wohl des Kindes müsse auch bei einem so schwierigen Thema im Vordergrund stehen. "Ich halte es für unverantwortlich, wenn Väter ihre eigene Unsicherheit auf das Kind übertragen."

**Mit Material von AFP**

© ZDF 2005

Fenster schliessen 

---